



# Volksblatt

Amtliches Publikationsorgan ■ 121. Jahrgang, Nr. 164

VERBUND/SÜDOSTSCHWEIZ

Redaktion und Verlag: Feldkircher Str. 5, 9494 Schaan, Telefon (075) 237 51 51 · Fax Redaktion/Verlag (075) 237 51 55 · Fax Inserate (075) 237 51 66  
Telefon Sportredaktion (075) 237 51 71 E-Mail-Adresse / flvobla@flvobla.LOL.II · Internet-Adresse: http://www.volksblatt.li

## DAS WETTER BEI UNS

Aufhellungen  
und einzelne  
Regenschauer  
max. 18°  
min. 11°

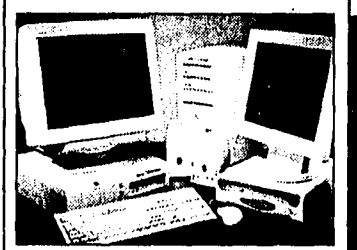
### Heute

Ziemlich  
sonnig  
max. 22°  
min. 9°

### Morgen

SMA -  
METEO Schweiz

Weitere Wetterinfos - Letzte Seite



## COMPUTER-EXTRA

### Platzsparende Gehäuse

Mit dem OptiFrame S-Chassis erweitert Dell die OptiPlex Business-PC-Linie mit platzsparenden Gehäusen. Seite 16

## FREITAG

### Pionierarbeit geleistet

VADUZ: «Wir sind die Ersten», äusserte sich Präsident Dr. Fritz Ospelt gutgelaunt, «die in Liechtenstein als Non-Profit-Unternehmen ein Qualitätsmanagement-System besitzen». Der Verein für Betreutes Wohnen (VBW) hat einmal mehr Pionierarbeit geleistet, er ist seit kurzem nach ISO 9002 zertifiziert. Seite 2

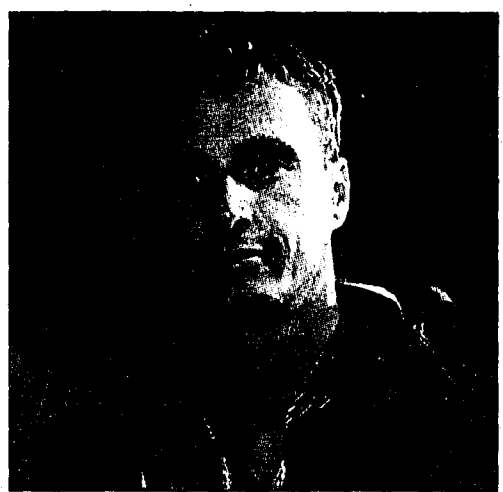
### Breite Akzeptanz für Tourismusgesetz

VADUZ: Weltweit ist der Tourismus ein boomendes und bewegendes Geschäft. Auch Liechtenstein mischt seit einiger Zeit kräftig in diesem Sektor mit. Es ist jedoch nicht zu übersehen, dass die Tourismusbranche steter Änderungen und Neuanpassungen bedarf. Die Regierung hat nach dem Erscheinen eines umfassenden Marketingkonzepts für den FL-Tourismus im Mai 1998 reagieren müssen. Nun liegt seit wenigen Tagen ein Vernehmlassungsbericht für ein Tourismusgesetz vor. Bei den Mitgliedern der Projektgruppe, die das Marketing-Konzept entwarfen, findet die Vernehmlassung breite Akzeptanz. Seite 3

### Generationen-Plattform am «Runden Tisch»

VADUZ: «Das Leben ist wie ein offenes Buch, in das jede/r selber hineinschreiben muss», sagte eine ältere Frau, die sich ein Leben lang intensiv mit Kindern beschäftigte. Am «Runden Tisch» in der Kontakt- und Beratungsstelle Alter (KBA) wird die Beziehung Jung-Alt gefördert. Dabei kommt dem Thema «Grosseltern-Enkel», «Kindergarten/Schule-alte Menschen» zentrale Bedeutung zu. Seite 5

### Neue Nr. 1 bei Ferrari



FORMEL 1: Er hat jegliche Zurückhaltung abgelegt und will Michael Schumacher zur Nummer zwei degradieren. Ferrari-«Schattenmann» Eddie Irvine (Bild) stand aber auch noch nie so stark unter Druck wie vor dem Grossen Preis von Österreich am Sonntag. Irvine gibt sich selbstbewusst, kämpferisch und siegesgewiss, will beim neunten von 16 WM-Rennen endlich seine Rolle als «Wasserträger» vergessen machen. Seite 13

### Kennedy auf hoher See beigesetzt

WOODS HOLE: Nach ihrem tragischen Tod sind der US-Präsidentensohn John F. Kennedy junior, seine Frau und seine Schwägerin am Donnerstag auf hoher See beigesetzt worden. Ihre Familien streuten die Asche vom Zerstörer USS Briscoe aus in den Atlantik. Die Zeremonie unweit der Stelle an der US-Ostküste, wo Kennedys Flugzeug vor einer Woche abgestürzt war, dauerte 45 Minuten. Kameras, Medienvertreter und Schaulustige wurden jedoch von der Küstenwache auf fünf Kilometer Distanz gehalten. Letzte Seite

# Ermittlungen laufen auf Hochtouren

Schiesserei Ruggell: Weitere Waffen sichergestellt - Polizei setzte Sonderkommission ein

Die Ermittlungen zur tödlichen Schiesserei vom letzten Wochenende in Ruggell laufen auf Hochtouren. Die Landespolizei hat eine Sonderkommission eingesetzt, welcher mehrere Polizisten angehören. In der Wohnung des Täters in Paderborn wurden erneut Waffen und Munition gefunden. Die Vermutungen verdichten sich, dass der Täter, Stefan Hans Räder, mit illegalem Waffenhandel zu tun hatte.

Alexander Batliner

Die Ermittlungen der Polizei laufen länderübergreifend. Diese Zusammenarbeit verlaufe reibungslos. Durch den ständigen Briefwechsel werde der Verlauf der Ermittlungen ein wenig verlangsamt. Die Polizei in Deutschland hat zwischenzeitlich die Wohnungen des Täters in Paderborn und Coburg durchsucht.

### Waffenfund

In Paderborn fanden die Beamten weitere Waffen. Hierbei konnten Maschinenpistolen, Revolver, Pistolen, ein Schnellfeuergeehr und eine Pump-Gun sichergestellt werden. In der Wohnung in Coburg habe man bis jetzt keine Waffen entdeckt. Alles in allem war Räder im Besitz von über 20 Schusswaffen, vielen Waffenzubehörteilen und über 3000 Stück Munition. Die derzeitigen Ermittlungen laufen unter anderem auch dahingehend, ob Stefan Hans Räder einen illegalen Waf-



Toni Grab, Grenzwachtkommandant, bei der Besichtigung des Tatorts. Noch ist nicht sicher, was der Täter dort wollte.

fenhandel betrieb und allenfalls mit wem. Die grosse Anzahl an Waffenteilen liesse einen illegalen Waffenhandel vermuten. Es sei noch Gegenstand der Ermittlungen, wo Stefan Hans Räder versucht habe, diese Waffen und Waffenteile zu verkaufen. Ebenso wird abgeklärt, wo er diese Waffen erwarb. Wie die Polizei mitteilte, deuten verschiedene Hinweise daraufhin, dass sich Räder bereits in der Vergangenheit im

Raume Schweiz-Liechtenstein-Vorarlberg aufhielt. Auch diesbezüglich seien Ermittlungen aufgenommen worden. Nach wie vor sei unklar, ob Räder die Grenze mit seinem Fahrzeug passieren wollte oder ob er auf jemanden gewartet habe, um allenfalls Waffen zu übergeben oder etwas entgegenzunehmen. Des weiteren wurden keine neuen Angaben gemacht, wie es dem Täter gelingen konnte, zu einer Waffe zu

greifen, obwohl beide Hände mit Handschellen gesichert waren.

### Lawinenhund anwesend

Des weiteren wurde bekannt, dass der Lawinenhund des getöteten Wachtmeisters Andreas Flüttsch am Tatort zugegen war. Der Hund habe sich ebenfalls ausserhalb des Autos der Grenzwatch befunden. Er sei beim Schusswechsel jedoch nicht verletzt worden.

## Minimallösung für Mütter

Arbeitgeber bieten acht Wochen - Knauserig für Gewerkschaften

ZÜRICH/BERN: Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist bereit, die Lücke bei der Lohnfortzahlung für Mütter zu schliessen. Im Obligationenrecht (OR) sollen acht Wochen verankert werden. «Knauserig», findet der Gewerkschaftsbund.

Fast sechs Wochen nach der Ablehnung der Mutterschaftsversicherung an der Urne schlug der Arbeitgeberverband am Donnerstag vor, das «nicht gelöste Problem für Arbeitnehmerinnen mit wenigen Dienstjahren» anzugehen. Diese Frauen hätten keine Gewähr, dass während des gesetzlichen Arbeitsverbots von acht Wochen der Lohn auch voll bezahlt werde.

Mit einer Anpassung des OR durch das Parlament solle diese Lücke geschlossen werden, heisst es in einem Communiqué des SAV. Der Verband schlägt vor, das OR mit dem Zusatz «Nach der Niederkunft ist der Lohn für acht Wochen zu entrichten» zu ergänzen.

Diese Änderung betrifft laut Arbeitgeberverband nur wenige Ar-

beitnehmerinnen. Auch wenn im neuem Arbeitsgesetz keine gesetzliche Lohngarantie vorgesehen ist, seien weitergehende Leistungen der Arbeitgeber zugesichert, nämlich über Gesamtarbeitsverträge und Firmenreglemente.

Mit der OR-Revision würde dann nach Meinung des SAV beim Mutterschaftsschutz definitiv keine

Lücke mehr bestehen. Für neue Leistungen an Mütter sei nach dem klaren Verdikt des Stimmvolks vom 13. Juni «kein Platz mehr».

Dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund (SGB) geht das Angebot der Arbeitgeber zu wenig weit. Es wäre sogar in vielen Fällen ein Rückschritt im Vergleich zu bestehenden Regelungen.



Die Schweizer Arbeitgeber bieten Müttern nach der Niederkunft acht Wochen Lohnfortzahlung. (Bild: Keystone)

## Asylbewerber neu verteilen

BERN: Kantone mit Notunterkünften für Asylsuchende sollen bei der Zuteilung von Asylbewerbern entlastet werden. Die Konferenzen der Sozial- sowie der Polizeidirektoren haben eine Änderung des Verteilschlüssels zur Vernehmlassung an die Kantonsregierungen geschickt, wie sie am Donnerstag mitteilten.

Zur Diskussion stehen nun zwei Verteilschlüssel-Varianten. Bei der ersten wird einem Kanton mit Notunterkünften im nachfolgenden Jahr 0,1 Prozent der jährlichen Asylbewerberzahl an den bestehenden Verteilschlüssel angerechnet. Bei den für dieses Jahr erwarteten 50 000 Asylsuchenden müssten sie im nächsten Jahr 50 Asylbewerber weniger aufnehmen. Der zweite Vorschlag schlägt eine Anrechnung von 0,1 Prozent bei einer Notunterkunft und 0,2 Prozent bei zwei oder mehreren Unterkünften vor. Damit sollen die Kantone animiert werden, mehrere solcher Unterkünfte zu akzeptieren.